



Die Weltwoche  
8021 Zürich  
043/ 444 57 00  
www.weltwoche.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 52'543  
Erscheinungsweise: 50x jährlich

Seite: 32  
Fläche: 121'603 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1094567  
Themen-Nr.: 531.028

Referenz: 68683487  
Ausschnitt Seite: 1/4



Wer hat etwas gegen kostengünstige ambulante Medizin? Gesundheitsminister Berset, BAG-Chef Strupler.

## Unter Bersets Kunstfehler leiden Ärzte und Patienten

Mit seiner juristisch zweifelhaften Tarifordnung pfuscht Bundesrat Berset den Ärzten ins Handwerk. Der Widerstand gegen den politisch motivierten Eingriff wächst auf breiter Front.

Von *Philipp Gut*

Der Streit zwischen Gesundheitsminister Alain Berset (SP) und der Schweizer Ärzteschaft spitzt sich zu, der Ton wird schärfer, es drohen gar juristische Auseinandersetzungen. Dabei geht es um Folgendes: Am 1. Januar dieses Jahres trat die von Berset verordnete neue Tarifstruktur (Tarmed) in Kraft. Berset will damit einen Beitrag zur Eindämmung des Kostenwachstums im Gesundheitssystem leisten. Das Ganze hat

allerdings einen Haken, wie die *Weltwoche* in der letzten Ausgabe enthüllte: Der Tarifeingriff ist möglicherweise illegal. Passiert ist dies nicht etwa aus Versehen, nein: Berset schlug mit grenzwertigen Durchsetzer-Allüren sämtliche Warnrufe der bundeseigenen Rechtsexperten in den Wind. Gegenüber dem Gesamtbundesrat behauptete er in seinem Antrag faktenwidrig, es gebe juristisch «keine Differenzen» («Bersets



Kunstfehler», *Weltwoche* Nr. 8/18). Das ist, wie wir aufgrund von verwaltungsinternen Dokumenten zeigen konnten, nachweislich falsch.

Wer vom forschen Magistraten Einsicht oder zumindest einen Anflug von Selbstkritik erwartet hat, sieht sich freilich getäuscht. Kaum war die umstrittene Tarifänderung in Kraft getreten, goss Berset Ende Januar in einem Interview mit dem welschen Fernsehen Öl ins Feuer. Er empörte sich über Ärzte, die angeblich durch Eingriffe, die dem Tarmed unterliegen, Einkünfte von über einer Million Franken pro Jahr erzielen. Bersets Chefbeamter Pascal Strupler, Direktor des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), legte in der Sendung «Infrarouge» nach und bekräftigte die Aussagen seines politischen Vorgesetzten. Es gebe 140 solcher Tarmed-Millionäre, behauptete er, allerdings ohne die Aussage zu belegen.

### Fake News aus dem Departement Berset

In einem offenen Brief an den Bundespräsidenten wehrte sich Josef Brandenburg, Präsident der FMCH, der Dachorganisation der chirurgisch und invasiv tätigen Fachgesellschaften, vergangene Woche gegen Bersets Attacke. Jeder ärztlichen Leistung werde gemäss Tarmed ein durchschnittlicher Zeitaufwand in Minuten zugeordnet. Grundlage dafür sei eine jährliche Arbeitszeit von 1920 Stunden. In dieser Zeit solle ein Arzt durchschnittlich 207'000 Franken verdienen können. Das ergebe einen Stundenlohn von 120 Franken. «Um eine Million aus «Der Bundesrat missbraucht die Tarifstruktur, um Leistungen zu beschränken.»

den Tarmed-Leistungen zu verdienen, müsste ein Arzt bei einem Stundenlohn von 120 Franken pro Jahr 8333 Stunden arbeiten. Das wären 23,4 Stunden pro Tag, ohne Ferien, Sonn- und Feiertage, ohne Freizeit, auch ohne Schlaf», rechnet Brandenburg vor. Falls Bersets Behauptung zuträfe, handelte es sich um reinen «Bschiss». Brandenburg schlägt dem Bundespräsidenten eine Arbeitsteilung vor: Wenn Berset ihm die 140 schwarzen Schafe mit

Namen nenne, gehe er, der FMCH-Präsident, gegen sie vor. Der Gesundheitsminister könne sich dafür den wirklich drängenden Fragen der Gesundheitspolitik widmen und «auf die Verunglimpfung der übrigen 36'035 Ärztinnen und Ärzte» verzichten. Eine Antwort von Berset sei bis dato ausgeblieben, sagt Brandenburg auf Anfrage der *Weltwoche*. Es entstehe der Eindruck einer «Diffamierungskampagne» von Berset und BAG-Chef Strupler. Sie hätten sich auf die operativ tätige Ärzteschaft eingeschossen und Fake News produziert.

### Politische Motivation

Dass der SP-Bundesrat eine schlagzeilenträchtige Lohndiskussion anzettelt, kommt nicht von ungefähr: Es unterstreicht die politische Ausrichtung seiner Tarifrevision, welche Spezialärzte erklärermassen schlechter- und Hausärzte besserstellen soll. Doch genau diese politische Motivation rügten – nebst vielen anderen Punkten – die Rechtsexperten des Bundesamtes für Justiz. Es gehe nicht an, durch einen obrigkeitlichen Tarifeingriff politische Ziele zu verfolgen, monierten sie sinngemäss.

Aber auch abgesehen von den juristischen Fragezeichen stösst Bersets Revision bei Ärzten unterschiedlicher Fachrichtung auf Kritik. Ausgerechnet für die Hausärzte, die Berset eigentlich stärken wollte, seien die Änderungen «kontraproduktiv», sagt Urs Stoffel, Mitglied des Zentralvorstands der Standesgesellschaft FMH. Bersets Absicht sei es gewesen, die Hausärzte durch die Einebnung der sogenannten Dignität – der fachlichen Qualifikation zur Erbringung bestimmter medizinischer Leistungen – besserzustellen. Das Stimmungsbild gerade auch bei den Hausärzten sei allerdings, dass die negativen Auswirkungen der neuen Limitationen in der Tarifstruktur überwiegen, so Stoffel. «Der Bundesrat missbraucht die Tarifstruktur, um Leistungen zu beschränken.» Stoffel spricht von einer «impliziten Rationierung». Das sei «nicht rechtens».

Das klingt sehr technisch, deshalb zur Veranschaulichung ein Beispiel: Nehmen wir die Po-



sition «Ärztliche Leistung in Abwesenheit des Patienten». Diese Position kann nur noch 6 Mal pro 3 Monate verrechnet werden (zuvor 12 Mal pro 3 Monate). Das reiche oft nirgends hin, sagt FMH-Tarifspezialist Urs Stoffel. Wenn der Arzt seine Aufgaben seriös wahrnehme, könne er sie nicht mehr vollständig abrechnen. Mit anderen Worten: Die erbrachten Leistungen sind nicht kostendeckend. «Sehr viel Arbeit der Hausärzte wird nicht mehr abgegolten», sagt Stoffel. Man könne diese Leistungen den Patienten ja nicht einfach vorenthalten. Damit widerspreche die neue Tarifstruktur den Grundsätzen der Sachgerechtigkeit und der Wirtschaftlichkeit, wie sie das Krankenversicherungsgesetz vorschreibt.

Die kontraproduktive Wirkung des Berset-Eingriffs zeigt sich laut Stoffel darin, dass die Ärzte die enger bemessenen Tarife heute korrekt, aber viel akribischer anwenden als früher. Unter diesem Druck herrsche die Haltung vor, beispielsweise jedes noch so kurze Telefonat auch peinlich genau zu verrechnen – was man früher nicht unbedingt getan habe. So führe Berset's Kürzungskurs «letztlich zu Mehrkosten».

### Ärzte gehen in die Offensive

Die Ärzte wollen die bittere Pille der neuen Tarifordnung nicht einfach schlucken, der Widerstand wächst an allen Fronten. Recherchen zeigen: Die FMH, die grösste Landesorganisation des Landes, hat die aus Ihrer Sicht nicht betriebswirtschaftlichen und unsachgemässen Massnahmen des Tarifeingriffs in einem Dossier zusammengestellt.

Besonders betroffen von den umstrittenen Tarifänderungen sind Spezialisten der Augen-, Hand- oder orthopädischen Chirurgie. Genfer Handchirurgen haben schon mit Streiks gedroht, weil sich gewisse häufige Eingriffe – etwa beim Karpaltunnelsyndrom – unter dem neuen Regime schlicht nicht mehr kostendeckend durchführen liessen.

Ähnlich sei es im Bereich der Ophthalmologie, sagt Walter Aus der Au, der in Freiburg ein Augenzentrum betreibt. Häufige Operationen



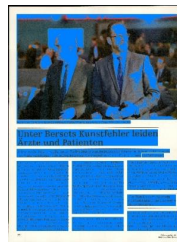
**Offener Brief:** FMCH-Präsident Brandenburg.



**«Implizite Rationierung»:** FMH-Vorstand Stoffel.

wie etwa beim grauen und grünen Star liessen sich nicht mehr wirtschaftlich rechnen. Aus der Au führt seit Monaten eine Korrespondenz mit dem Bundesamt für Gesundheit und hat dieses wiederholt auf die Missstände hingewiesen – ohne Erfolg. «Wir müssen Patienten zur Katarakt-Operation weiterweisen, da wir nicht gewillt sind, diese mit Verlust durchzuführen», sagt er.

Wie aus dem Schriftwechsel mit dem BAG hervorgeht, weigert sich dieses, die Experten zu nennen, die das Gesundheitsamt bei den



Tarmed-Kürzungen im Bereich der Augenheilkunde beraten haben. Aus der Au schliesst daraus, dass möglicherweise gar keine solide Abklärung stattgefunden hat und dass die entsprechenden Tarifänderungen deshalb «willkürlich» erfolgten.

Was in Freiburg gilt, ist in der Innerschweiz nicht anders: Das Spital Schwyz hat Katarakt-Operationen aus dem Angebot gestrichen, da sie nicht mehr kostendeckend sind. Die Verträge mit den Belegärzten für Augenheilkunde wurden gekündigt. Die betroffenen Patienten müssen nun in die Augenklinik des Kantonsspitals Luzern ausweichen.

### Ein Fall für die Gerichte

Wie Sondierungen der *Weltwoche* zeigen, rumort es auch in anderen Fachbereichen. Die Kieferchirurgen zum Beispiel bereiten ein Memorandum zuhanden ihrer Patienten vor, das auf die «besorgniserregende Entwicklung» im Gesundheitswesen aufmerksam macht. Sie hielten es für ihre Pflicht, die Patienten über gewisse Fakten aufzuklären. Im noch nicht abgesehenen Entwurf des Papiers

heisst es: «Nachdem bislang im ambulanten Bereich die vergüteten Tarmed-Leistungen in den letzten Jahren kaum angestiegen sind, können sie nicht als wesentlicher Faktor für die allgemeine Kostensteigerung verantwortlich gemacht werden.» Paradoxerweise aber richte sich Bersets Tarifeingriff gerade gegen diese kostengünstige ambulante Medizin. Verwiesen wird auch auf die juristische Fragwürdigkeit der Tarifstruktur: Da das Kriterium der Wirtschaftlichkeit «akut gefährdet» sei, seien bereits Klagen vor Gericht eingereicht worden. Je nach Ausgang dieser Verfahren seien Rückforderungen für bereits erbrachte Behandlungen denkbar.

Tatsächlich hat ein Schiedsgericht im Kanton Luzern bereits den ersten Tarifeingriff von 2014 für unrechtmässig erklärt. Der Fall liegt jetzt beim Bundesgericht. Falls dieses sich der Argumentation der Vorinstanz anschliesst, wäre auch mit Klagen gegen die derzeitige Regelung zu rechnen. Der Verantwortliche für das mögliche Schlamassel steht jetzt schon fest: Bundespräsident Alain Berset. ○